Manfred Kittel

Stärker als die „décadence“?

Republikanische Tradition und parlamentarisches System in Frankreich zwischen den Weltkriegen

I.

Wer vom Parlamentarismus in Frankreich zwischen den Weltkriegen handelt, handelt in gewisser Weise von einem Erfolgsmodell – wenn auch von einem keineswegs unproblematischen Erfolgsmodell *sui generis*. Robert Redslob hat 1918 in einer damals viel beachteten Abhandlung sogar von einer „unechten Form“ des parlamentarischen Regimes in Frankreich gesprochen, weil in dem dort seit den 1870er Jahren herrschenden klassisch-liberalen Repräsentativsystem die Gegengewichte zum Parlament nicht stark genug seien und weil insbesondere die Exekutivgewalt nicht selbständig genug agieren könne¹. Die Krisensymptome der Dritten Republik in den 1920er und vor allem in den 1930er Jahren haben darüber hinaus zu grundsätzlichen Zweifeln an der Funktionsfähigkeit des parlamentarischen Systems à la française Anlaß gegeben. In der späteren Forschung sind diese zeitgenössischen Bedenken dann manchmal mit dem Ermächtigungsgesetz vom 10. Juli 1940 korreliert worden, mit dem eine überwältigende Mehrheit von 569 Abgeordneten und Senatoren die Konstitution von 1875 preisgab und dem Marschall Philippe Pétain die Vollmachten zum Erlaß einer neuen Verfassung übertrug.

Es stellt sich allerdings die Frage, ob die Einschätzung eines durch die Kriegereignisse nur noch beschleunigten, nicht aber bedingten Abschieds von der Dritten Republik nicht zu sehr *post factum* argumentiert und die trotz aller Krisenzeichen anhaltende innere Stabilität dieses Staatswesens unterschätzt². Machten tatsächlich nicht erst die Panzerarmeen des Dritten Reiches im Frühsommer 1940

¹ Robert Redslob, *Die parlamentarische Regierung in ihrer wahren und in ihrer unechten Form* (Tübingen 1918).

² Vgl. Gerhard Kiersch, *Frankreich – Innerer und äußerer Machtverfall einer bürgerlichen Demokratie*, in: Erhard Forndran u. a. (Hrsg.), *Innen- und Außenpolitik unter nationalsozialistischer Bedrohung: Determinanten internationaler Beziehungen in historischen Fallstudien* (Opladen 1977) 32–57.

dem französischen Parlamentarismus ein Ende, und bleibt nicht alles andere letztlich kontrafaktische Spekulation? Ganz abgesehen davon, daß die düstersten Verfallsszenarien der Dritten Republik eine gewisse Nähe zu der vom Vichy-Regime selbst v.a. mittels des Prozesses von Riom³ untermauerten These Pétains aufweisen, die Ursachen der Niederlage lägen im übermächtig gewordenen „esprit de jouissance“⁴ der französischen Zwischenkriegsgesellschaft sowie in den Schwächen und Makeln des alten politischen Regimes mit seinen wirtschaftlichen Interessenkoalitionen, politischen Cliquen und der Arbeiterschaft entfremdeten Gewerkschaften⁵.

Unbestreitbar ist freilich, daß die Nachkriegsinflation und dann vor allem die Weltwirtschaftskrise auch an einem der Mutterländer der Demokratie nicht spurlos vorübergingen. In der späten Dritten Republik regte sich wie in vielen anderen Ländern teils massive Kritik am real existierenden Parlamentarismus, kamen Zweifel auf an der Krisenlösungskapazität der Legislative und gab es „Ermächtigungsgesetze“ der offensichtlich überforderten Kammer zugunsten der Exekutive. Es liegt also durchaus im Bereich des Möglichen, daß auch ohne nationalsozialistische Invasion die gesellschaftliche Reformdebatte in Frankreich zu noch weiterreichenden verfassungsrechtlichen Änderungen geführt hätte; vielleicht etwa hätten sich präsidentielle Elemente bereits in den 1940er Jahren stärker Geltung verschafft, wie sie dann erst in der späteren Krisensituation des Algerienkrieges 1958 nach dem Willen de Gaulles Eingang in das politische System Frankreichs fanden.

Dennoch wird man fragen müssen, ob dies alles einen radikalen Bruch mit dem Parlamentarismus bedeutet hätte bzw. überhaupt bedeuten konnte, wenn – wie dies im vorliegenden Aufsatz der Fall ist – davon ausgegangen wird, daß das Bekenntnis zu einem starken Parlament damals noch zum Alter ego des politisch-kulturell dominierenden französischen Republikanismus gehörte. Jedenfalls hatte sich die Idee des Parlaments zusammen mit der Republik seit der Großen Revolution von 1789 als nationale Größe schubweise in den mentalen Tiefenschichten der Franzosen verankert; und spätestens seit Ende des 19. Jahrhunderts war sie zu einem tragenden Teil der nationalen Identität Frankreichs geworden. Wer etwas von dem stupenden Durchhaltevermögen und der Zählebigkeit des französischen Parlamentarismus zwischen den Kriegen verstehen will, der natürlich auch der „décadence“⁶ und dem antiliberalen „esprit des années trente“⁷ mit seinen autori-

³ In diesem Schauprozess der Vichy-Regierung gegen führende Politiker der Dritten Republik (die Regierungschefs, die Luftwaffenminister seit 1936 und den Generalstabschef Maurice Gamelin) sollte deren Schuld an der Niederlage nachgewiesen werden. Vgl. *Henri Michel, Le Procès de Riom* (Paris 1979).

⁴ Frei übersetzt mit „Genußsucht“.

⁵ *Maréchal Pétain, La France Nouvelle. Principes de la Communauté suivis des Appels et Messages* (Paris 1941), Reden vom 17. und 20. Juni 1940, 15, 17 und 73.

⁶ Vgl. hierzu den – auf außenpolitische Aspekte konzentrierten – Klassiker von *Jean-Baptiste Duroselle, La Décadence (1932–1939)* (Paris 1979).

⁷ Vgl. *Jean Touchard, L'esprit des années 1930*, in: *Tendances politiques dans la vie française depuis 1789*, Colloques, hrsg. v. *Guy Michaud* (Paris 1960) 89–120, sowie jetzt vor allem

tären Lockungen und totalitären Versuchungen ausgesetzt war, der muß folglich tief graben und in der *longue durée* des langen 19. Jahrhunderts nach der Genesis des Republikanismus seit 1789 fragen. In einem zweiten Schritt sollen dann konkrete Entwicklungsphänomene des parlamentarischen Systems nach der Zäsur des Ersten Weltkriegs zwischen 1918 und 1940 untersucht und schließlich vor allem kritisch daraufhin überprüft werden, ob sie als Zeichen eines unaufhaltsamen Verfallsprozesses der Dritten Republik zu deuten sind.

II.

Als konstitutiv für eine spezifische, seit der Dreyfus-Affäre um 1900 endgültig etablierte „culture républicaine“ in Frankreich hat Serge Berstein fünf Prinzipien herausgearbeitet: die Laizität von Staat und Schule, das Versprechen von sozialem Fortschritt, die „Verweigerung einer bellizistischen Haltung“, den Vorrang des Individuums vor der Gesellschaft sowie – und das interessiert uns hier besonders – die Präponderanz des Parlaments innerhalb der Institutionen⁸. Die französische Affinität zum Parlament hat ihre Wurzeln schon in dem von der Staatsphilosophie der Aufklärung (v.a. Montesquieu) eindrucksvoll verfochtenen Prinzip strikter Gewaltenteilung, zum anderen liegt ihr als empirische Ersterfahrung der Schwur im Ballhausaal 1789 zugrunde, als sich der Dritte Stand zur Nationalversammlung erklärte und den Katarakt der bald mystifizierten revolutionären Ereignisse überhaupt erst einleitete.

Die Verfassung vom 3. September 1791 – noch unter den Auspizien der Monarchie – versagte dem König dann auch das Recht, die Kammer aufzulösen. Denn die Assemblée galt als „permanent wie die Nation, deren Willen sie formuliert“⁹; ihre Sitzungsdauer hingegen war kurz, weil man fürchtete, die Abgeordneten könnten die Suprematie der legislativen Funktion dazu mißbrauchen, sich auch exekutiver Funktionen zu bemächtigen und despotisch zu werden. Dieser Furcht entsprang eine weitere Verfassungsbestimmung, wonach Abgeordnete nicht direkt wiedergewählt werden konnten, sondern zumindest eine Sitzungsperiode pausieren mußten. In der ersten republikanischen Verfassung von 1793, nach der Guillotinierung Ludwig XVI., mündete die Urangst vor einem Machtmißbrauch der Deputierten in Konzepte direkter Demokratie, ja gleichsam „direktester“ Demokratie: Nur einjährige Wahlperioden, eine Art Volksentscheid als Korrektiv

Hans-Wilhelm Eckert, Konservative Revolution in Frankreich? Die Nonkonformisten der Jeune Droite und des Ordre Nouveau in der Krise der 30er Jahre (München 2000).

⁸ *Serge Berstein, La culture républicaine dans la première moitié du XXe siècle, in: ders., Odile Rudelle (Hrsg.), Le modèle républicain (Politique d'aujourd'hui, Paris 1992) 161, 170. Vgl. auch den Beitrag von Pierre Nora („République“) in dem von François Furet und Mona Ozouf herausgegebenen Dictionnaire critique de la révolution française (Paris 1988) 832–845.*

⁹ *Georges Burdeau, Francis Hamon, Michel Troper, Manuel Droit constitutionnel (Paris 241995) 295.*

gegen Entscheidungen des *Corps législatif*, aber eben andererseits auch eine starke Stellung der gewählten Abgeordneten gegenüber der Exekutive, deren Machtmißbrauch man offenkundig noch mehr fürchtete als bürgerferne Deputierte. Folglich wurde das kollegiale Regierungsorgan aus 24 Mitgliedern nicht vom Volk selbst legitimiert und damit stark gemacht, sondern nur vom Parlament gewählt – auf der Basis einer schematischen Liste mit je einem Vorschlag aus jedem der 85 Departements. In der Logik dieser Verfassung lag es auch, dem schwachen Regierungsorgan weder das Recht der Gesetzesinitiative noch ein Vetorecht einzuräumen, noch gar die Möglichkeit, die Kammer aufzulösen¹⁰.

Nach der Erfahrung der *terreur* wurde die Verfassung jedoch bereits im August 1795 (5. Fructidor des Jahres III) einer gründlichen Revision unterzogen. Wichtigste Innovation war dabei die Einführung einer zweiten Kammer, was bisher aus antiaristokratischen Affekten heraus vermieden worden war. Doch auch jetzt sollte es kein Oberhaus des Adels geben, sondern einen Rat der Alten (*Conseil des Anciens*), wie der Rat der 500 (*Conseils des Cinq cents*) auf drei Jahre gewählt. Dem Rat der Alten oblag es künftig, das *Directoire* zu wählen, eine nur noch fünfköpfige Regierung mit deutlich gestärkter Stellung vor allem gegenüber der Ersten Kammer, die nur noch ein Vorschlagsrecht für die Regierungsmitglieder hatte, sie aber weder wählte noch abberufen konnte¹¹.

Freilich war diese Direktoriumsverfassung, Reaktion auf die Exzeßphase der Revolution, nur ein Zwischenspiel; sie beschnitt lediglich die Kompetenzen des Parlaments, bestritt aber nicht grundsätzlich seine Existenzberechtigung. Den Pfad der Parlamentarisierung, 1789 unter dramatischen Umständen einmal gefunden, sollten die Franzosen auch künftig nie ganz aus den Augen verlieren; weder unter Napoleon I. noch unter bourbonischer Restauration, orleanistischem Bürgerkönigtum oder im Empire des dritten Napoleon¹², auch wenn dies ein so scharfsinniger Beobachter wie Walter Bagehot noch 1867 in Zweifel zog: „Frankreich, so fürchte ich, erwartet zu wenig von seinem Parlament, um jemals zu erhalten, was es bekommen sollte.“¹³ Doch bei allen Turbulenzen der verfassungsgeschichtlichen Entwicklung – 13 Konstitutionen zwischen 1789 und 1875 – hat Frankreich eine letztlich kontinuierliche Evolution parlamentarischer Kernprinzipien erlebt: Die Bestellung der Regierung durch das Parlament und die Verantwortlichkeit der Minister gegenüber der Kammer setzte sich, wenn auch nicht ohne Rückschläge, bis in die 1870er Jahre hinein doch mehr und mehr durch,

¹⁰ Zur Geschichte der Convention und der Verfassung von 1793 vgl. *Yves Guchet*, *Histoire constitutionnelle française* (Nanterre 1989) 69 ff.

¹¹ *Burdeau, Hamon, Troper*, *Manuel Droit constitutionnel* 305 f.

¹² Zu dieser Phase vgl. jetzt *Martin Kirsch*, *Monarch und Parlament im neunzehnten Jahrhundert. Der monarchische Konstitutionalismus als europäischer Verfassungstyp – Frankreich im Vergleich* (Göttingen 1999).

¹³ Eine Nation, die nichts Gutes von einem Parlament erwarte, so Bagehot, könne „das Parlament nicht im Zaum halten“. *Walter Bagehot*, *Die englische Verfassung*, hrsg. u. eingeleitet v. *Klaus Streifelhau* (Neuwied, Berlin 1971) 278.

nachdem die militärische Niederlage gegen Preußen-Deutschland entscheidend zur Delegitimierung konstitutioneller Monarchie beigetragen hatte.

Wenn allgemein gelten kann, daß für die Geschichte des Parlamentarismus nicht allein die Verfassungstexte ausschlaggebend sind, daß eine Verfassung sich gleichsam nicht im klinisch reinen Raum der Paragraphen entfaltet, sondern im Urwald politischer Kulturen und politischer Mentalitäten, so trifft dies im französischen Fall mit besonderer Schärfe zu. Denn die Verfassung der Dritten Republik aus dem Jahr 1875 wurde zwischen den Weltkriegen in einer wesentlichen Bestimmung überhaupt nicht mehr angewandt. Die Verfassung oder, um präziser zu sein, die drei Verfassungsgesetze von 1875, die grundsätzlich bis 1940 in Geltung waren, sahen zwei Kammern vor (Deputiertenkammer und Senat). Beide Parlamente wählten in einer gemeinsamen Sitzung, als *Assemblée nationale*, den Präsidenten der Republik auf sieben Jahre. Der Präsident ernannte und entließ die Minister, die den Kammern verantwortlich waren. Dennoch war der Präsident zunächst ein starker Präsident; er hatte vor allem das Recht, mit Zustimmung des Senats die Abgeordnetenversammlung aufzulösen. Von diesem Auflösungsrecht konnte der Präsident der Dritten Republik jedoch nur ein einziges Mal, 1877, mit dem mehr als zweifelhaften Erfolg Gebrauch machen, daß es seitdem überhaupt nicht mehr angewendet, ja, daß seine Anwendung künftig nachgerade als Verfassungsbruch angesehen wurde¹⁴.

Die junge Dritte Republik befand sich Mitte der 1870er Jahre noch in einem tiefgreifenden Konflikt um die Staatsform. Das noch nicht endgültig besiegte Lager der Royalisten sah im Präsidenten, dem Marschall MacMahon, den Platzhalter für einen künftigen Monarchen. In der Abgeordnetenversammlung waren jedoch seit den Wahlen von 1876 die Republikaner in der Mehrheit und mit MacMahon vor allem in religionspolitischen Fragen immer wieder in Kontrahagen verwickelt. Die Krise erreichte ihren Höhepunkt, als MacMahon den gemäßigt republikanischen Regierungschef Jules Simon im Mai 1877 mit der Begründung zum Rücktritt aufforderte, er würde sich zu sehr der parlamentarischen Mehrheit unterordnen. Das Mißtrauensvotum der *Chambre* gegen die nachfolgende Kampfregerung des Präsidenten MacMahon konterte dieser mit der Kammerrauflösung. Bei den vorgezogenen Neuwahlen vermochten jedoch die Republikaner – unbeschadet massiver Wahlbeeinflussung der konservativen Staatsmacht – ihre Anhänger vollständig zu mobilisieren und ihre Mehrheit im Parlament zu behaupten, im Ergebnis also einen triumphalen Erfolg zu feiern. Als die neue Kammer einer von MacMahon eingesetzten „Geschäftsregierung“ schließlich das Budget verweigerte, mußte der Präsident nachgeben und eine neue Regierung mit dem Vertrauen der Parlamentsmehrheit ernennen. Zunehmend isoliert, quittierte MacMahon Anfang 1879 das Amt.

¹⁴ Vgl. *Thomas Raithel*, Der preußische Verfassungskonflikt 1862–66 und die französische Krise von 1877 als Schlüsselperioden der Parlamentarismusgeschichte, in: *Stefan Fisch, François Roth* (Hrsg.), Machtstrukturen im Staat. Organisation und Personen – Les structures de pouvoir en France et en Allemagne. Les institutions et les hommes, Kolloquium Otzenhausen, erscheint voraussichtlich 2004.

Eine parlamentarismusgeschichtliche Analyse dieser Staats- und Verfassungskrise ergibt ein ambivalentes Bild. Gewiß, die Position der Ersten Kammer gegen den Präsidenten war gestärkt worden, die *défense républicaine* so erfolgreich in Erscheinung getreten, daß das Recht zur Kammerrückbildung künftig als Relikt monarchistischer und damit reaktionärer Gesinnung galt¹⁵. MacMahons Nachfolger Jules Grévy gab dem Amt des Staatspräsidenten zudem eine so andere, restriktive Auslegung, verzichtete so weitgehend darauf, unmittelbaren Einfluß auf Regierungshandeln zu nehmen, daß Marcel Prélôt gar von einer faktisch neuen Verfassung, der „constitution Grévy“ gesprochen hat¹⁶. Ministerpräsident und Kabinettsrat, obschon in der Verfassung gar nicht vorgesehen, traten jetzt immer mehr als Exekutive in Erscheinung, ohne freilich im Zusammenwirken mit dem Staatspräsidenten die Waffe der Kammerrückbildung als schärfstes Instrument der Behauptung gegenüber dem Parlament zu besitzen. Drohte die Abgeordnetenkammer mit dem Sturz einer Regierung, hatte die Exekutive der Dritten Republik künftig nichts mehr entgegenzusetzen.

Die partielle Entmachtung des Staatspräsidenten wäre aber nur halb so problematisch gewesen, wenn gleichzeitig eine engere Verklammerung von Regierung und Regierungsmehrheit in der Kammer sich als Verfassungspraxis durchgesetzt hätte. Thomas Raithel hat kürzlich darauf hingewiesen, daß die Chance zu einer derartigen Entwicklung in Richtung auf einen modernen Parlamentarismus wohl schon Ende 1877 verpaßt worden ist, als die führende Persönlichkeit der republikanischen Parlamentsmehrheit, Léon Gambetta, eben nicht zum *Président du Conseil* berufen wurde, sei es wegen dessen persönlicher Neigung zum politischen Kompromiß, sei es aufgrund der schwierigen außenpolitischen Konstellation. Der damit verpaßte Einstieg in einen „gleichsam endogen disziplinierten Parlamentarismus“¹⁷ war für die Beharrungskraft des klassischen Parlamentarismus in Frankreich wohl ebenso ausschlaggebend wie die politische Ächtung der Kammerrückbildung, obwohl diese in der Literatur bislang viel eingehender problematisiert worden ist. Auch wenn der Staatspräsident nicht zuletzt über die von ihm vorzunehmende Designierung des Ministerpräsidenten weiterhin Einfluß besaß, läßt sich als Zwischenfazit der Mai-Krise 1877 konstatieren: Für die nächsten 80 Jahre, sieht man von der kurzen Vichy-Zeit einmal ab, setzte sich in Frankreich eine Form des parlamentarischen Systems durch, die mit dem Begriff des Parlamentsabsolutismus zwar polemisch, aber doch nicht völlig falsch charakterisiert wird. In der Folgezeit entstand jedenfalls jenes irisierende Bild häufiger Veränderungen von Regierungsmehrheiten und zahlreicher Kabinettswechsel – 100 Kabinette bis 1940! –, das nicht selten zu falschen Vergleichen mit der Weimarer Republik herausgefordert hat.

¹⁵ Vgl. Rudolf von Albertini, Regierung und Parlament in der Dritten Republik, in: HZ 188 (1959) 17–48, 21.

¹⁶ Marcel Prélôt, Jean Boulouis, Institutions politiques et droit constitutionnel (Paris 111990) 493 ff.

¹⁷ Raithel, Der preußische Verfassungskonflikt 19.

Die Mai-Krise allein aber reicht zur Erklärung der Akzeptanz eines starken Parlaments in der Dritten Republik nicht hin, sondern ist nur als Teil einer größeren Entwicklung zu verstehen, die sich im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts in Frankreich vollzog: Jetzt formierte sich endgültig eine politische Mentalität, die am ehesten auf den Begriff des „republikanischen Laizismus“ zu bringen ist¹⁸ und die nicht zuletzt eine fundamentale Wertschätzung des Parlaments beinhaltete. Der Prozeß war Teil einer „inneren Republikgründung“, für die vor allem die Regierungen Léon Gambetta und Jules Ferrys verantwortlich zeichneten. Ihr Ziel war es, die alte Macht der Kirche zu brechen, die als Kern und Inspiration des antirepublikanischen Widerstands empfunden wurde. Um die Bastionen des Ancien Régime in der katholisch gesinnten Provinz zu schleifen, galt es, die Kirche aus der Volksbildung so weit wie möglich hinauszudrängen. Oft in Verbindung mit neuen republikanischen Rathäusern entstanden staatliche Schulen direkt neben der Kirche als „Tempel des Glaubens einer neuen Zeit“. Zu „Priestern dieses Tempels“¹⁹ sahen sich, ganz in Schwarz gewandet, die Volksschullehrer (*Instituteurs*) auserkoren²⁰, jene bald legendären, oft freimaurerisch und antiklerikal gesinnten „schwarzen Husaren der Republik“. Der „alte Gott“ der Katholiken, den nach fortschrittlicher Überzeugung nur mehr Reaktionäre mit dem Vaterland identifizierten, konnte in der Folgezeit durch einen säkularen Gott ersetzt werden: durch die französische Republik mit Schule und Armee, Trikolore und Marseillaise als ihren jungen Symbolen²¹. Und seit 1880 feierte sich der republikanische Laizismus vor allem auch am 14. Juli mit reichem blau-weiß-roten Dekor, Kindern mit phrygischer Mütze und Strömen von Wein auf dem Platz der Republik, also mit Hilfe einer offensiven symbolischen Politik, die bis in die Agrarprovinz hinein auf die Massen wirkte²².

Der Dritten Republik gelang damit eine ähnliche „Nationalisierung der Massen“, wie sie George L. Mosse für das kaiserliche Deutschland beschrieben hat – mit dem Unterschied, daß es sich in Frankreich um „liberale“ Propaganda im Sinne der Republik handelte²³. Die stupende Energie des republikanischen Laizismus resultierte jedenfalls wesentlich auch daraus, daß er eine spezifisch französische Variante des Nationalismus bildete, der in höchst unterschiedlichen Erschei-

¹⁸ Vgl. *Manfred Kittel*, Provinz zwischen Reich und Republik. Politische Mentalitäten in Deutschland und Frankreich 1918–1933/36 (München 2000) 68–86.

¹⁹ So Minister Spuller im Jahr 1887, zit. nach *Edwy Plenel*, *L'état et l'école en France* (Paris 1985) 188.

²⁰ Vgl. ebd. 172 f., 188.

²¹ Vgl. *Eugen Weber*, *La fin des terroirs. La modernisation de la France rurale (1870–1914)* (Paris 1983) 485; *Joël Roman*, *La laïcité comme religion civile*, in: *Esprit* 175 (1991) 108–115.

²² Vgl. *Maurice Agulhon*, *Marianne au pouvoir. L'imagerie et la symbolique républicaines de 1880 à 1914* (Paris 1989) 117 f.; *ders.*, *Marianne au combat. L'imagerie et la symbolique républicaines de 1789 à 1880* (Paris 1979) 238 f.; *Olivier Ihl*, *La fête républicaine* (Paris 1996) 146, 152 f.; *Michel Pigenet*, *Les adjectifs de la République. Voies et conditions de la politisation des milieux populaires. L'exemple du Cher au XIXème siècle*, in: *Michel Vovelle*, *Révolution et République. L'exception française* (Paris 1994).

²³ *M. Agulhon*, *Marianne au pouvoir* 343.

nungsformen zu den epochalen Bewegungskräften des 19. Jahrhunderts zählte. Frankreich, von dieser Überzeugung war die Politikergeneration um Jules Ferry missionarisch durchdrungen, sei trotz der Niederlage von 1870/71 die Führerin der Menschheit, weil es in seiner parlamentarisch-demokratischen Verfassung die Tugenden der Aufklärung und des Republikanismus gegen die vom konstitutionell-monarchischen Preußen-Deutschland verkörperten Kräfte der Reaktion und des Militarismus verteidigte.

III.

Im Zuge der republikanisch-laizistischen Traditionsbildung zementierten sich auch ältere Vorstellungsmuster vom Parlament und von der Rolle der Parteien, die einer umfassenden Modernisierung des klassischen französischen Parlamentarismus in der Zwischenkriegszeit dann im Wege stehen sollten, ja, die teilweise bis heute in der politischen Kultur des Landes zu spüren sind. Die eigentlich überfällige parteipolitische Straffung des republikanischen Spektrums unterblieb, nachdem dessen parlamentarischer Mehrheitsführer Gambetta im Kontext der Mai-Krise Ende 1877 nicht nach dem Amt des Ministerpräsidenten gegriffen hatte. Die Option einer stärkeren organisatorischen Disziplinierung des ausgesprochen disparaten Partei- und Fraktionswesens stand freilich ohnehin quer zu einer personalistischen juristischen Grundauffassung, die sich schon bei den Wahlen zu Beginn der Großen Revolution bemerkbar gemacht hatte. Danach hatte der Abgeordnete als Repräsentant der *volonté générale* jederzeit so zu sprechen und zu handeln, wie seines Erachtens das Volk selbst sprechen und handeln würde. Und dieser fiktive Gemeinwille einer als einheitliches Ganzes verstandenen, unteilbaren und souveränen Nation stand in einem prinzipiellen Spannungsverhältnis zu jedweden Parteibildungen, die von einem Abstand zwischen Bürger und Staat ausgingen und schlimmstenfalls eine intermediäre Rolle sogar als Vertreter partikularer Interessen jenseits der *volonté générale* übernehmen konnten²⁴. Daraus resultierte schon die Scheu der Gruppierungen in der *Constituante*, der *Législative* und im *Convent*, sich offen als „Partei“ zu bekennen, und später dann die Neigung der französischen Parteien, sich zumindest als hypothetischen Ausdruck des wahren Volkswillens zu begreifen. Gerade dieser Anspruch aber verlieh ihnen den Charakter des Vorläufigen und des Losenden und scheint bei den Abgeordneten

²⁴ Vgl. Raymond Huard, *La naissance du parti politique en France* (Paris 1996) 17, 26ff.; Peter Richard Rohden, *Demokratie und Partei in Frankreich*, in: ders. (Hrsg.), *Demokratie und Partei* (Wien 1932) 121–163, hier 137f.; Charles A. Micaud, *French Political Parties: Ideological Myths and Social Realities*, in: Sigmund Neumann (Hrsg.), *Modern Political Parties. Approaches to Comparative Politics* (Chicago 1956) 106–154, hier 114f.; die grundlegenden Theorien von Rousseau und Sieyès thematisiert Rudolf von Albertini, *Parteiorganisation und Parteibegriff in Frankreich 1789–1940*, in: HZ 193 (1961) 529–600, 534ff.

selbst das Bewußtsein gebildet zu haben, im Konfliktfall den Parteiwillen vor dem Volkswillen zurücktreten lassen zu müssen²⁵.

Traditionell nicht über Listen- und Proporzsystem, sondern in Einzelwahl von den Menschen eines Arrondissements zur Vertretung ihrer Interessen nach Paris entsandt, spielte der Deputierte dort in erster Linie die Rolle „eines bei der Regierung akkreditierten ‚ministre plénipotentiaire‘, eines diplomatischen Bevollmächtigten“²⁶. In dieser Funktion vertrat der Abgeordnete weniger seine Partei, sondern seinen ganzen Stimmkreis, unter Umständen auch die – bisherigen – politischen Gegner, die er sich etwa durch Unterstützung eines Anliegens bei den Ministerien zu verpflichten hoffte. Dies war um so wichtiger wegen der Gepflogenheiten des stark personalisierten französischen Wahlmodus der „Einer-Wahl“, bei dem in aller Regel erst eine Stichwahl entschied. Ein allzu scharfes (partei-)politisches Profil dagegen konnte die Chancen eines Politikers auf breite lagerübergreifende Unterstützung im zweiten Wahlgang erheblich mindern, war für ihn also kaum zweckrational. Hinzu kam schließlich die Erinnerung an die Krise des Mai 1877. Da es fortan der Staatspräsident nicht mehr wagen würde, die Kammer aufzulösen, war den Abgeordneten eine vierjährige Legislaturperiode faktisch garantiert, während der sie auch „nicht mehr von ihren Parteien zur Rechenschaft gezogen“ werden konnten²⁷.

Infolgedessen war die Realität – gerade auch draußen in den Wahlkreisen der französischen Provinz – eher von „politischen Tendenzen“ als von wirklichen Parteien gekennzeichnet. Die Finanzierung der Wahlkämpfe hatten die Parlamentskandidaten großenteils aus der eigenen Tasche zu bestreiten, höchstens durch ein für den Augenblick gebildetes loses örtliches Wahlkomitee unterstützt²⁸. So sehr das Fehlen von großen Parteikassen in der Regel nicht-notablen Bürgern den Schritt auf die höhere politische Bühne erschwerte, so viel Unabhängigkeit schuf es doch für jene, die ein Mandat erreicht hatten; zumal die meisten Kandidaten obendrein nicht mit einem Parteiprogramm zur Wahl antraten, sondern ein individuelles politisches „Glaubensbekenntnis“ vor den Wählern ablegten, in dem sie die ideologischen Schwerpunkte ihrer „politischen Tendenz“ mit ganz persönlichen, oft indes auch sehr allgemeinen und unangreifbaren Interpretationen versahen²⁹.

²⁵ Vgl. Rohden, *Demokratie und Partei* 138; auch wenn die Parteien nach 1815 zunehmend als Teil des parlamentarischen Lebens anerkannt wurden und sich später nach der Wende zum 20. Jahrhundert insbesondere mit der Bildung der SFIO Ansätze zu einem neuen Parteienverständnis zeigten, hielt sich in der politischen Kultur des Landes ein grundsätzliches Mißtrauen. Vgl. R. v. Albertini, *Parteiorganisation und Parteibegriff* 548, 562 f., 566 f.

²⁶ P. R. Rohden, *Demokratie und Partei* 140.

²⁷ William L. Shirer, *Der Zusammenbruch Frankreichs. Aufstieg und Fall der Dritten Republik* (München, Zürich 1970) 37.

²⁸ Charles Seignobos, *Die geographische Verteilung der Parteien in Frankreich*, Sonderabdruck aus der *Frankfurter Zeitung* v. 20., 22. u. 24. Juni 1926, 2; Raymond Huard, *Le suffrage universel en France 1848–1946* (Paris 1991) 296 ff.

²⁹ Das spätere Bestreben der besser organisierten Sozialisten und Kommunisten, dieses per-

Eine straffe Fraktionsdisziplin im Parlament vermochte sich vor diesem „parteilpolitischen“ Hintergrund kaum auszuprägen. Vielmehr konnten Mitglieder einer parlamentarischen Gruppe zunächst verschiedenen Parteien angehören – und Mitglieder einer Partei verschiedenen Gruppen –, weshalb Charles A. Micaud von einer Trennung zwischen parlamentarischer und elektoraler Funktion der Parteien gesprochen hat³⁰. Dementsprechend verlief das parlamentarische Gebaren der französischen Abgeordneten während der Dritten Republik lange Zeit in Bahnen, wie sie von der älteren Forschung farbig beschrieben wurden. Danach trat der Abgeordnete unabhängig von seiner (parti-)politischen Herkunft einer Gruppe bei, „die ihm paßt(e)“, blieb allen Fraktionsbildungen fern, „wenn ihm das besser paßt(e)“³¹, oder aber pendelte nach Belieben zwischen den Gruppen hin und her; stets behielt er die Freiheit, den Sitzungen seiner Gruppe bei Bedarf fernzubleiben oder im Parlament gegen die Mehrheit seiner Gruppe zu votieren, wenn er intern überstimmt worden war³². Rainer Hudemann hat zwar schon für die frühen 1870er Jahre auf die zentrale Funktion der Fraktionen im parlamentarischen Entscheidungsprozeß verwiesen, aber gleichzeitig eingeräumt, daß sich auch noch im 20. Jahrhundert „keine absolute Abstimmungskohäsion“ entwickelte, sondern „begrenzte Fraktionsdisziplin“ das französische Vielparteiensystem charakterisierte³³. Die Tradition „relativer Abstimmungsfreiheit“ reichte dabei von der extremen Rechten bis zu den (links-)liberal orientierten Radikalsozialisten³⁴. Auch wenn in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg zunächst vor allem Verfassungsrechtler Zweifel an der Effizienz des in Frankreich praktizierten parlamentarischen Systems und seiner mitunter zeit- und kraftraubenden Entscheidungsfindung anmeldeten³⁵, blieb das Ideal der „deliberativen“ Demokratie bei Abgeordneten wie Wählern dominierend: Der nur seinem Gewissen verpflichtete unabhängige *député*, der seine „Parteizugehörigkeit“ an der Garderobe der *Assemblée* ablegte und garantierte, daß sich politische Entscheidungen erst während der Debatten im Plenum in Rede und Gegenrede herauskristallisierten: „Parler pour agir, parler avant d’agir.“³⁶

sönliche Glaubensbekenntnis durch das Parteiprogramm zu verdrängen, hatte kaum Erfolg, weil weder Wähler noch Deputierte wirklich fest darauf einzuschwören waren.

³⁰ Ch. Micaud, French Political Parties 114.

³¹ Ch. Seignobos, Die geographische Verteilung der Parteien, 1926, 3.

³² Vgl. auch Jean Waline, Les groupes parlementaires en France, in: Revue du droit public et de la science politique 77 (1961) 1170–1237.

³³ Rainer Hudemann, Fraktionsbildung im französischen Parlament. Zur Entwicklung des Parteiensystems in der frühen Dritten Republik (1871–1875) (München 1979) 361. Zur frühen Bedeutung der Fraktionen im französischen Parlament auch Christoph Schöber, Union – Réunion – Désunion. Der Fraktionsbildungsprozeß und das „Loi des maires“ in der „Chambre des Députés“ von 1876, in: Francia 22/3 (1995) 1–22, hier v. a. 20 f.

³⁴ So Nicolas Roussellier, Phénomène de majorité et relation de majorité en régime parlementaire: Le cas du Bloc National en France dans le premier après-guerre européen (1919–1924), 3 Bde., thèse (Paris 1991) 617, im Blick auf die Jahre nach dem Ersten Weltkrieg.

³⁵ Roussellier, Le parlement de l’éloquence. La souveraineté de la délibération au lendemain de la Grande Guerre (Paris 1997) 17.

³⁶ Ebd. 9.

IV.

Die seit den 1870er Jahren bestehenden Strukturen des parlamentarischen Systems erfuhren infolge des Ersten Weltkriegs keine äußerlichen Veränderungen. Der militärische Sieg konnte vielmehr als Sieg der Republik und ihrer staatlichen Institutionen gedeutet werden, nicht zuletzt als Bestätigung der Abgeordnetenkammer und des Senats, die sich in der Stunde höchster nationaler Not offensichtlich bewährt und als anpassungsfähig und krisentauglich erwiesen hatten. Anfang August 1914 hatten auch die sozialistischen Abgeordneten in der Nationalversammlung der Übertragung von Vollmachten zur Kriegführung an die Regierung zugestimmt und zwei ihrer führenden Männer in eine überparteiliche Notstandsregierung entsandt. Den Bestrebungen des militärischen Hauptquartiers unter Generalstabschef Joseph Joffre, die Mitsprache der Zivilisten am besten ganz auszuschalten, trat das Parlament im Verlauf des Krieges ebenso selbstbewußt entgegen wie dem von Ministerpräsident Aristide Briand nach der Somme-Schlacht Ende 1916 an die Abgeordneten herangetragenen Ansinnen, die Regierung zu kriegswichtigen Beschlüssen per Dekret zu ermächtigen und Joffre in ein vierköpfiges Kriegskomitee einzubinden, das dem Kabinett die Entscheidungen abnehmen sollte. Nachdem Briands Kriegsminister Hubert Lyautey auch noch die Verschwiegenheit der Abgeordneten in kriegswichtigen Fragen öffentlich in Frage gestellt hatte, mußte Briand im März 1917 zurücktreten.

Erst als die Sozialisten der offensichtlich expansionistische Ziele verfolgenden Nachfolgeregierung die Unterstützung versagten und die *Union sacrée* aufkündigten, wurde ein Grad der innenpolitischen Polarisierung erreicht, der einen Zusammenbruch der inneren Front befürchten und die Einsicht in die Notwendigkeit einer Stärkung der Exekutive wachsen ließ. Den Ende 1917 zum Ministerpräsidenten ernannten Georges Clemenceau – einen der renommiertesten Abgeordneten – stattete das Parlament folglich mit Ermächtigungen zur Sicherung der Ernährung und kriegswichtiger Entscheidungen aus. Unter dem Schutzschirm propagandistischen Anknüpfens an die Traditionen des jakobinischen Kriegsnationalismus der 1790er Jahre gelang es dem autoritären Republikaner und kämpferischen Laizisten tatsächlich, die Regierungsarbeit erfolgreich zu straffen, auch mehr und mehr die militärischen Entscheidungen zu bestimmen und das Land bis in die Tage von *armistice* und *victoire* hinein zu führen.

Als sich der „Vater des Sieges“ nach Kriegsende jedoch anschickte, für das Amt des Staatspräsidenten zu kandidieren, fanden die Abgeordneten einen Anlaß, den bedrohlich stark gewordenen „Tiger“ zu zähmen. Offensichtlich im Vertrauen auf seine enorme Popularität in der breiten Bevölkerung hatte Clemenceau am 4. November 1919 in einer aufsehenerregenden Rede Verfassungsänderungen zur Stärkung der Exekutive gefordert, um die von ihm im Krieg praktizierte Regierungsweise institutionell verankern zu können. Er bewegte sich damit in einer relativ breiten publizistischen Strömung gegen die Vormachtstellung des Parlaments, die vorübergehend von fast allen Zeitungen der politischen Rechten und der Mitte, *Le Temps* an der Spitze, ausging. Polemik gegen die „Phrasendrescher“ in den Kam-

mern und ihre „byzantinischen“ Manöver paarte sich mit sachlichen Vorschlägen zu einer Begrenzung der Redezeit, einer Reform des Interpellationsrechts oder einer drastischen Reduzierung der Zahl der Gruppen in den Kammern³⁷. Der Samen der Modernisierung, wie er auch von staatsrechtlicher Seite nach 1918 weiter wissenschaftlich gehegt wurde, fiel jedoch in einer politischen Kultur auf wenig fruchtbaren Boden, die nach wie vor maßgeblich vom Mißtrauen gegen den „pouvoir personnel“ und den „pouvoir des bureaux“³⁸ geprägt war. Im Parlament selbst blieb eine – junge – Reformerriege mit ihren Forderungen nach Rationalisierung des politischen Prozesses ebenfalls in der Minderheit.

Vielmehr sahen Parlamentarier unterschiedlichster Couleur – nicht zuletzt der ehrgeizige Aristide Briand, der um seine künftigen Chancen auf die Ministerpräsidentenschaft bangte – in der Kandidatur Clemenceaus für das Staatspräsidentenamt den ersten Schritt hin zu einem bonapartistischen Regime. Sie votierten in einer Probeabstimmung am 16. Januar 1920 mehrheitlich gegen die vermeintlich bevorstehende „Diktatur Clemenceau“ und für den politisch eher blassen Kammerpräsidenten Paul Deschanel. Offensichtlich bevorzugte die Mehrheit „einen Mann aus ihrer Mitte, der ihre politische Vormacht nicht antastete“³⁹, sondern sich – wie Deschanel – statt dessen als „Schutzengel“ der Parlamentsrechte profiliert hatte⁴⁰. Daß sich die Abgeordneten an Georges Clemenceau auf ähnliche Weise rächten, wie sie dies 1887 an Jules Ferry und 1895 an Pierre Waldeck-Rousseau getan hatten, durfte als ein frühes Omen für die auch nach der Erfahrung des Weltkriegs anhaltende Präponderanz des Parlaments im politischen System der Dritten Republik betrachtet werden. Von nun an hatten die *présidents du conseil* („Ministerpräsidenten“) wieder zu versichern, nur in engster Abstimmung mit dem Parlament zu agieren, anderenfalls war ihr Sturz praktisch besiegelt (Leygues im Januar 1921, Briand im Januar 1922, Poincaré im März 1924 etc.).

Wenn die Prinzipien des *gouvernement parlementaire* also nach wie vor sakrosankt waren, so hieß dies nicht, daß Ansätze zu praktischen Reformen der Parlamentsarbeit von vornherein ausgeschlossen blieben. Anknüpfend an den mitten im Krieg, 1915, verabschiedeten *nouveau règlement* zur Beschleunigung der Debatten und Vereinfachung des Gesetzgebungsprozesses wurden am 15. Juli 1926, maßgeblich auf Initiative von Joseph Barthélemy, weitere Änderungen der Geschäftsordnung beschlossen. Der immer wichtigeren Rolle der Ausschüsse trug man dadurch Rechnung, daß der Mittwoch künftig für ihre Arbeitssitzungen reserviert blieb. Darüber hinaus sorgte die *réforme Barthélemy* auch und vor allem für eine Rationalisierung der Redezeit und der Debattenökonomie⁴¹, indem sie das Recht auf ausführliche Rede einer kleinen Gruppe von Parlamentariern

³⁷ Ebd. 54.

³⁸ Vgl. *Berstein*, *La culture républicaine*.

³⁹ *René Rémond*, *Frankreich im 20. Jahrhundert*. Erster Teil 1918–1958 (Geschichte Frankreichs, Bd. 6, hrsg. v. *Jean Favier*) (Stuttgart 1994) 67, vgl. auch 74.

⁴⁰ *Roussellier*, *Le parlement* 63.

⁴¹ Siehe *Christian Buniet*, *Les règlements des assemblées parlementaires en France depuis 1871* (Lyon 1967) 414 ff.

(Ausschußvorsitzenden, Berichterstatlern, Verfassern von Interpellationen, Wortführern einer Gruppe) vorbehielt und die übrigen Abgeordneten in der Artikulation ihrer individuellen Gewissensentscheidung zeitlich beschränkte. Die bereits bei ihrer Einführung sehr umstrittene *réforme Barthélemy* stellte die parlamentarische Tradition aber offensichtlich zu radikal in Frage und wurde im März 1932 wieder rückgängig gemacht.

Schon vor den Wahlen von 1928 war eine 1919 beschlossene Reform des Wahlrechts ebenfalls zurückgenommen worden. Nach der als „Zwitter- oder Bastardgesetz“⁴² kritisierten neuen Kombination aus Verhältnis- und Mehrheitswahl hatte es bei den Wahlen von 1919 und 1924 keine kleinen Einmann-Wahlkreise mehr gegeben, sondern Mehrpersonen-Stimmkreise meist auf Departementsebene; die Kandidaten der einzelnen Arrondissements waren nun nicht mehr jeder für sich, sondern zusammen auf Listen ihrer jeweiligen „politischen Tendenz“ angetreten. Dennoch aber konnte der Charakter der Persönlichkeitswahl weitgehend erhalten bleiben, weil neben dem Gewicht der Tradition auch die jetzt eingeführte Möglichkeit zu panaschieren, also Politikern verschiedener Listen eine seiner Stimmen zu geben, die vorgegebene Reihung relativierte und den weiter hinten auf der Liste platzierten Kandidaten die Chance eröffnete, „vorgewählt“ zu werden⁴³. Obgleich die Wahlrechtsreform also nur halbherzig ausgefallen und kaum geeignet war, die jahrzehntelang eingeübten „republikanischen“ Usancen im Verhältnis von Wählern, Parteien und Abgeordneten wirklich zu verändern, kam es vielen Franzosen in den 1920er Jahren wie eine Zumutung gegen ihre individualistische politische Kultur vor, an der Urne mit Gesamtlisten von Parteien konfrontiert zu werden.

Bei den Radikalsozialisten, die seit je den republikanischen Laizismus von allen Parteien am reinsten verkörperten und geradezu als Gralhüter seiner Werte auftraten, war das Festhalten an Auffassungen von Abgeordnetenfreiheit und traditioneller Gewaltenteilung auch ideologisch nach wie vor besonders fest untermauert. Der Chef-Denker der *Radicaux*, Alain⁴⁴, zeigte sich etwa 1925 in einer Programmschrift überzeugt, daß demokratische Wachsamkeit nicht an Parteien delegiert werden konnte, ja Parteien in ihrem Streben nach Machterhalt korruptierbar seien; sie stellten eine ebenso große Gefahr dar wie eine zu starke Regierung. Den *citoyens* draußen im Lande und den von ihnen beauftragten unabhängigen Parlamentsabgeordneten wuchs deshalb die Aufgabe zu, die Republik vor einer vermeintlichen Verschwörung der Pariser Elite und der gefräßigen Zentraladministration zu schützen. Die entscheidende Kontrollfunktion des Parlaments war nach Überzeugung Alains nur von direkt gewählten Abgeordneten angemessen auszuüben, das Verhältniswahlrecht dagegen sei ganz ungeeignet, den Typus

⁴² *Rémond*, Frankreich im 20. Jahrhundert 61.

⁴³ Vgl. zum neuen Wahlrecht von 1919 *Alistair Cole, Peter Campbell*, French Electoral Systems and Elections since 1789 (Aldershot u.a. 1989) 63 ff.

⁴⁴ Mit bürgerlichem Namen: Emile-Auguste Chartier.

des im Privat- und Berufsleben bewährten unabhängigen Abgeordneten hervorzubringen⁴⁵.

Skepsis gegenüber den Apparateparteien modernen Stils, die nur abgehobene Funktionäre und Karrieristen förderten, war bei den rechtsliberalen Hauptkonkurrenten der *Radicaux*, der *Alliance Républicaine Démocratique*, mindestens ähnlich stark ausgeprägt. Und wie der *Parti Radical* spaltete sich auch die *Alliance* während der ganzen Zwischenkriegszeit, trotz aller Appelle zur Geschlossenheit, bei entscheidenden parlamentarischen Vorhaben immer wieder auf⁴⁶. Als ihre Parteileitung etwa (1920) versuchte, die Abgeordneten auf die Unterstützung des Kabinetts Millerand einzuschwören, brach ein Sturm der Entrüstung los – so heftig, daß die Parteiführung sich zu dem Versprechen veranlaßt sah, künftig von solch gefährlichen Einflußversuchen auf die Urteilsfreiheit der *députés* ganz abzu-
sehen. Auch nach 1933 blieb es unter der Ägide des *Alliance*-Vorsitzenden Flandin im wesentlichen bei organisatorischer Modernisierungsrhetorik; trotz einer nach den neuen Parteistatuten eingesetzten *commission de discipline* waren Fraktionsabweichler nicht Ausnahmerscheinungen, sondern weiterhin die Regel. Und bei der Abstimmung über den wichtigen französisch-russischen Vertrag im Februar 1936 ließ die Fraktion schließlich sogar ihren eigenen Parteichef Flandin im Stich.

V.

So groß die Beharrungskraft des deliberativen Parlamentarismus in der Dritten Republik auch war, die Stürme der schweren Weltwirtschaftskrise, die Frankreich um 1932 mit Verspätung erfaßten, sollte selbst er nicht unbeschadet überstehen; zumal sich die ökonomische Malaise zu einer dramatischen Staatskrise auswuchs, als eine Reihe von Korruptionsaffären an der Jahreswende 1933/34 im Stavisky-Skandal gipfelten und die Verstrickung führender radikalsozialistischer Politiker offenbarten. Der Vertrauensverlust der *Radicaux*, deren seit Juni 1932 regierende Ministerpräsidenten ohnehin Mühe hatten, die Zustimmung der SFIO zu unpopulären finanzpolitischen Maßnahmen zu gewinnen, bedeutete auch einen Vertrauensverlust des parlamentarischen Systems, wie die blutigen Demonstrationen rechtsradikaler Verbände vor dem Palais Bourbon am 6. Februar 1934 dokumentierten.

Vor allem der bedrohlich gestiegene ökonomische Entscheidungsbedarf kam denen entgegen, die auf eine durchgreifende Parlamentsreform drängten. So tauchten in einer kurzen, aber heftig geführten Staatsreformdebatte zwischen

⁴⁵ Vgl. *Ch. Micaud*, *French Political Parties* 111 f., 115; *Alain*, *Eléments d'une doctrine radicale* (o. O. 1925).

⁴⁶ Vgl. etwa zur Frage der Finanzprojekte im Juli 1925 *Éduard Bonnefous*, *Histoire politique de la Troisième République*, Bd. 4: *Cartel des gauches et Union national* (1924–1929) (Paris 1960) 91.

1932 und 1934 mehr oder weniger radikale Vorschläge auf, die teils einen Übergang von klassisch-liberalem zu modernem Parlamentarismus betrafen, aber auch eine Stärkung des Staatspräsidenten erwogen. Tatsächlich wurde am 10. Juni 1932 zum ersten Mal ein Beschluß gefaßt, den Status der parlamentarischen Gruppen festzulegen. Ohne Zugehörigkeit zu einer Gruppe war es künftig keinem Abgeordneten mehr möglich, eine wichtige Rolle in der Kammer zu spielen. Ein weiterer Beschluß vom 22. Januar 1935 gab der – seit 1911 bestehenden – *commission des présidents* (gebildet aus den Präsidenten des Parlaments, der großen Ausschüsse und Gruppen) das Recht, künftig Tagesordnung und Redezeiten der Debatten festzulegen, was in der Hand einer disziplinierten parlamentarischen Regierungsmehrheit zu einem außerordentlich wichtigen politischen Instrument geschmiedet werden konnte und einen Bruch mit dem Herkommen des klassisch-liberalen Parlamentarismus bedeutete⁴⁷.

Anders als die relativ leise Debatte der 1920er Jahre rührte die jetzige ganz offen an weitere Tabus der republikanisch-parlamentarischen Tradition: Volkswahl des Staatspräsidenten, Plebiszite, stärkere Stellung des Ministerpräsidenten. Während die ersten beiden dieser Forderungen sich nicht durchzusetzen vermochten, erfuhr die Position des *président du conseil* eine merkliche Aufwertung. Ohnehin war bereits in den 1920er Jahren zu beobachten gewesen, daß neue Formen der politischen Öffentlichkeit und eine stärkere Personalisierung bei höherem finanz- und außenpolitischen Problemdruck die Stellung des Ministerpräsidenten stärkten⁴⁸. Den entscheidenden Durchbruch markierte aber jetzt (im Juli 1934) die Entscheidung zum Kauf des Hotel Matignon, um dort die Dienste des *président du conseil* unterzubringen, gefolgt von der offiziellen Gründung eines Generalsekretariats des Ministerpräsidenten im Januar 1935. Um diese Maßnahme durchzusetzen, hatte Flandin den aktuellen politischen Schwächezustand der *Radicaux* geschickt genutzt. So konnte auf unverfänglich erscheinende Weise sogar mit Zustimmung der Lordsiegelbewahrer der parlamentarisch-republikanischen Tradition eine „kleine“ Staatsreform erfolgen⁴⁹. Hoffnungen auf eine „große“ Staatsreform hatten allerdings kurz vorher beerdigt werden müssen; denn entsprechende Pläne der nach dem 6. Februar ins Amt gekommenen „Regierung des Burgfriedens“ unter Gaston Doumergue, v.a. dem Ministerpräsidenten künftig das Recht der Kammerauflösung zu geben, waren den Radikalsozialisten denn doch zu weit gegangen.

Die normative Kraft des Faktischen begann gleichwohl, aus dem Matignon heraus ihre Wirkungen zu entfalten. Vor allem im wirtschaftspolitischen Stab des Generalsekretariats wurden Spitzenbeamte aus verschiedenen Häusern zusammengezogen. Und schon wenige Jahre später hatte das Matignon eine ganze Reihe

⁴⁷ Nicolas Roussellier, *Gouvernement et parlement en France dans l'entre-deux-guerres*, in: Horst Möller, Manfred Kittel (Hrsg.), *Demokratie in Deutschland und Frankreich 1918–1933/40* (München 2002) 253–267, hier 260f.

⁴⁸ Ebd. 258.

⁴⁹ Zur aufschlußreichen Debatte über die Reform im Senat siehe *Journal Officiel, Débats parlementaires, Sénat* 1456–1460.

ministeriumsübergreifender Querschnittsaufgaben nicht nur im Bereich der Wirtschafts-, sondern etwa auch in dem der Familien- und Bevölkerungspolitik an sich gezogen. Das rasche (auch personelle) Wachstum des Generalsekretariats verdankte sich zunächst dem Wirken des sozialistischen Ministerpräsidenten Léon Blum, der nach dem Wahlsieg der Volksfront höchstselbst ins Matignon zog und sich „entschlossen ins Zentrum des neuen Organigramms stellte“⁵⁰. Der Aufbau einer eigenen Presse- und Öffentlichkeitsabteilung und die Ernennung von Jules Moch, einem der großen Hoffnungsträger der SFIO, zum Generalsekretär des Matignon unterstrichen ebenso wie die von ihm übernommenen Aufgaben die Bedeutung, die Blum der neuen Behörde zudachte. Sie schaltete sich noch im Sommer 1936 in die Tarifverhandlungen ein, wurde zum symbolträchtigen Ort spektakulärer Lohnerhöhungen, aber bald auch zum Schiedsrichter bei der Lösung schwerer Arbeitskonflikte.

Darüber hinaus schien Blum umsetzen zu wollen, was er schon vor seiner Wahl angekündigt hatte: gleichsam modern, gestützt auf eine feste, parteipolitisch abgesicherte Parlamentsmehrheit zu regieren. Nachdem dies in den ersten Monaten nach Regierungsübernahme der Volksfront auch vielfach gelungen war, begannen die Mehrheiten des – vom Kommunismus bis zum bürgerlichen Radikalsozialismus allzu breit angelegten – *Front populaire* aber schon seit Herbst 1936 zu schwanken, so daß die Hoffnungen auf einen Parlamentarismus britischer Art in Frankreich rasch wieder verflogen. Auch Blum sah sich nun mit den alten Problemen der Dritten Republik konfrontiert, an denen bereits die Ministerpräsidenten Flandin und Pierre Laval gescheitert waren. Statt auf *pleins pouvoirs* setzte Blum auf „Rahmengesetze“, die möglichst viel der Regierung überließen, womit dem Faktum Rechnung getragen wurde, daß die wachsende Regelungsmenge und -komplexität von legislativen Texten schwerlich en détail zu bewältigen war.

Nachdem sich die Volksfrontkammer als noch „unregierbarer“ erwiesen hatte denn ihre Vorgänger, erhielten Ideen Nahrung, die gerade geschaffenen Instrumente um die *présidence du conseil* zur massiven Stärkung der Regierung gegenüber dem Parlament zu nutzen. Dies betraf vor allem die aus legislativen Ermächtigungen abgeleiteten *décrets-lois*. Schon 1924 hatte Raymond Poincaré gegen starke Widerstände eine parlamentarische Ermächtigung durchgesetzt, in der Praxis allerdings nicht genutzt, um sie dann erst 1926 zur Bewältigung der Franc-Krise und einer Verwaltungsreform in den „Normalbetrieb“ der Dritten Republik einzuführen⁵¹. Freilich hatte die Ermächtigung damals relativ engen Charakter und war bei allen Beteiligten das Bemühen zu spüren, „die legislative Kompetenz des Parlaments so wenig wie möglich einzuschränken und gleichzeitig seine Kontrollrechte so weit als möglich zu wahren“⁵². Bis Anfang der 1930er Jahre also fak-

⁵⁰ Roussellier, *Gouvernement* 264.

⁵¹ So Thomas Raithel in seiner Habilitationsschrift, Reichstag und Chambre des Députés in der Krise der Inflationszeit. Eine Studie zum deutschen und französischen Parlamentarismus zwischen den Weltkriegen (unveröffentlichte Fakultätsfassung, 3 Bde.) (München 2002) 665 ff. und 545.

⁵² Ebd. 670.

tisch ein Randphänomen bleibend, rückte das Instrumentarium der *décrets-lois* ab Ende 1933 während des Kabinetts Chautemps II „in den Mittelpunkt des parlamentarischen Lebens“. Die folgenden Regierungen Doumergue und Laval erhielten 1934 Ermächtigungen für diverse Sparmaßnahmen bzw. zum Kampf gegen Währungsspekulationen und zur „Verteidigung“ des Franc, das Kabinett Chautemps III 1937 eine finanz- und wirtschaftspolitische Ermächtigung. Noch weiter ging das Parlament am 13. April 1938, um der Regierung Daladier Maßnahmen der Landesverteidigung und der Wirtschaftsbelebung zu ermöglichen, und schließlich am 8. Dezember 1939, als es das Kabinett für die Dauer des Krieges autorisierte, die im Rahmen der *défense nationale* unerläßlichen Maßnahmen zu ergreifen⁵³. Die Ausarbeitung der *décrets-lois*⁵⁴ oblag der gerade aufgebauten *présidence du conseil*. Gleichwohl kann der Prozeß der legislativen Funktionsabgabe des Parlaments in der späten Dritten Republik keineswegs mit den Pauschalvollmachten und der pauschalen Instrumentalisierung von Artikel 48 am Ende der Weimarer Republik gleichgesetzt werden. Und vor allem auch war die französische Verordnungspraxis „mit keinem generellen Niedergang der parlamentarischen Tätigkeit verbunden“⁵⁵.

Vielmehr ist zu unterstreichen, daß sich in der späten Dritten Republik ein „ansatzweise modernes Alternieren“⁵⁶ zwischen antagonistischen, aber systemloyalen Blöcken im Parlament herausbildete, nicht zuletzt weil das politische System Frankreichs durch den Druck der Krisen und das organisatorische Erstarken der Sozialistischen und der 1920 von ihr abgespaltenen Kommunistischen Partei transformiert wurde. Eine Folge waren die koalitionsähnlichen Mitte-Links-Bündnisse aus Sozialisten und *Radicaux*, die schon vor der Volksfront siegreich aus den Wahlen von 1924 und 1932 hervorgingen, spätestens aber 1936 auch zu bisher ungekannten Diskontinuitäten im Regierungspersonal führten⁵⁷. Das Kooperationspotential von *Cartel des gauches*, *Union des gauches* und *Front populaire*⁵⁸ reichte – pointiert gesagt – nur zur Regierungsbildung, nicht zur dauerhaften Regierungsstützung, so daß die vom republikanischen Laizismus zusammengeführten Allianzen nach ihren gemeinsamen Wahlsiegen vor allem an der Bewältigung der harten wirtschafts- und finanzpolitischen Realitäten stets bald wieder zerbrachen. Dennoch erhielten im Rahmen dieser Entwicklung selbst die Kommunisten, in Weimar-Deutschland eine aus dem vaterländischen Konsens ausgestoßene politische Sekte, in Frankreich – wenn auch erst nach dem Schock der

⁵³ Ebd. 724 f.

⁵⁴ Vgl. hierzu immer noch *Dragos Rusu*, *Les décrets-lois dans le régime constitutionnel de 1875*, thèse (Bordeaux 1942).

⁵⁵ *Raithel*, Reichstag und Chambre 725.

⁵⁶ *Thomas Raithel*, *Parlamentarisches System in der Weimarer Republik und in der Dritten Französischen Republik 1919–1933/40*. Ein funktionaler Vergleich, in: *Möller, Kittel*, *Demokratie* 283–314, 312.

⁵⁷ *Raithel*, *Parlamentarisches System* 311.

⁵⁸ Vgl. *Daniela Neri*, *Die Bündnisfähigkeit von SFIO und Parti radical – ein systemstabilisierender Faktor in der späten Dritten Republik?*, in: *Möller, Kittel*, *Demokratie* 183–201.

nationalsozialistischen Machtergreifung im gefürchteten Nachbarland – Anschluß an den republikanischen Diskurs.

Das Scheitern der Volksfront am Widerstand des Senats, der immer noch vor allem die (agrarischen) Interessen der „France profonde“ verkörperte, verweist auf den vielleicht größten Blockadefaktor im politischen System der späten Dritten Republik. Hier – und nicht an der Abgeordnetenversammlung – hat eine Kritik des französischen Parlamentarismus denn auch am ehesten anzusetzen, weil dem Senat am Ende des 19. Jahrhunderts in der Verfassungspraxis das Recht zugewachsen war, Regierungen zu stürzen, und er die daraus resultierende Macht immer wieder gegen eine Modernisierung der französischen Gesellschaft zum Einsatz brachte. Dies galt – um nur ein Beispiel zu nennen – etwa in bezug auf die Einführung des Frauenwahlrechts, aber auch in personalpolitischer Hinsicht zeigte sich der Einfluß des Gremiums immer wieder, z. B. bei den Staatspräsidentenwahlen von 1924, als der rechte Flügel der *Radicaux* dem Kandidaten des Linkskartells, Paul Painlevé, die Unterstützung versagte und statt dessen den konservativeren Doumergue vorzog⁵⁹.

Gerade für viele Senatoren trifft zu, was François Goguel über das in den „parlamentarischen Milieus“ Frankreichs zwischen den Kriegen dominierende Bewußtsein gesagt hat: daß nämlich eine begrenzte Reform das politische System der Dritten Republik nicht stärken, sondern es schlicht und ergreifend zum Einsturz bringen würde⁶⁰. Und diese Überzeugung war spätestens im Angesicht des Niedergangs der Demokratien rings um Frankreich keine ganz gegenstandslose Furcht mehr.

VI.

Daß Prinzipien des deliberativen Parlamentarismus in der Krise der 1930er Jahre zwar infragegestellt, aber keineswegs auf einen Schlag zerstört wurden, erhellt sich auch aus dem Charakter der Antifraktions- und Antiparteienaffekte, die selbst in der späten Dritten Republik, anders als in Weimar-Deutschland, keineswegs generell mit einem antiparlamentarischen Affekt korrespondierten. Selbst die Kritik der immer stärker aufkommenden rechtsextremen Ligen richtete sich nicht unbedingt pauschal gegen den Parlamentarismus, sondern manchmal eher gegen moderne Abweichungen vom klassisch-liberalen Parlamentarismus französischer Prägung. So verwarfen die *Croix de feu* des Colonel de la Rocques alles, was geeignet schien, die Nation zu spalten: Klassenkampf, Klientelismus und Parlamentarismus in seiner „zum Regime der Parteien entarteten Form“⁶¹. „Ihr könnt das bislang vom Sektierertum der Parteien erstickte kommunale Leben wie-

⁵⁹ Marcel Morabito, Daniel Bournaud, *Histoire constitutionnelle et politique de la France (1789–1958)*, (Paris 1993) 374.

⁶⁰ Vgl. Guchet, *Histoire constitutionnelle* 198.

⁶¹ Pierre Milza, *Fascisme français. Passé et présent* (Paris 1987) 136.

derbeleben“, appellierten die Feuerkreuzler vor den Gemeindewahlen 1935 an die Bürger, wenn nur jene gewählt würden, die sich der Parteipolitik, ob links oder rechts, enthielten und für die „Wiederversöhnung der Klassen“ einträten⁶².

Im konservativen Spektrum der politisch recht heterogenen französischen Kriegsveteranen paarte sich in ähnlicher Weise altes republikanisches Denken mit mangelndem Verständnis für moderne parlamentarische Lobby-Arbeit in einer pluralistischen Gesellschaft. Wenige Tage nach den blutigen Demonstrationen des 6. Februar 1934 war in einem Verbandsblatt – auch unter dem Eindruck der Stavisky-Affäre – zu lesen: „die Wurzel des Übels“ sei, daß aus der Republik der Kameraden zwischenzeitlich eher eine „république des combinards“ geworden sei. „Politiker, wenn sie sich als Kandidaten nicht direkt von einem Stavisky finanzieren ließen“, kämen völlig überschuldet ins Parlament und würden eine leichte Beute für Finanzpiraten, die „wie Haifische“ die Nationalversammlung umkreisten. Im Wissen darum, wie selten absolut unbestechliche Menschen zu finden seien, zumal in der Politik, zog man aber selbst jetzt kein antirepublikanisches oder antiparlamentarisches Fazit, sondern räumte lediglich ein: „... unsere Demokratie ist schlecht organisiert“, und forderte als erstes Heilmittel eine Reduzierung der Abgeordnetenzahl und kürzere Sitzungsperioden⁶³ – übrigens ganz im Sinne der ersten Verfassungsentwürfe während der Großen Revolution.

Der vom republikanischen Laizismus bestimmte politische Diskurs hätte selbst in der schweren Staats- und Wirtschaftskrise Mitte der 1930er Jahre nach wie vor nur bei Strafe der gesellschaftlichen Ächtung verlassen werden können⁶⁴. Gerade als Konservativer durfte man keinesfalls die Abschaffung, sondern höchstens die „Entlassung“⁶⁵ der Republik fordern. Erlaubt war es also, die gegenwärtige Funktionsweise der parlamentarischen Demokratie einer vielleicht sogar radikalen Kritik zu unterziehen; so zeichneten sozialistische Wahlkämpfer während des Stavisky-Skandals für ein Spottgedicht auf den radikalsozialistischen Dauerminister Henri Queuille verantwortlich, dessen Name sich auf Portefeuille reimen würde, und forderten eine grundlegende Änderung des (ökonomischen) Systems⁶⁶. All dies implizierte aber nicht, die republikanisch-parlamentarischen Konstruktionsprinzipien des Staates grundsätzlich in Frage zu stellen. Bezeichnenderweise hielten es die *Croix de feu*, die in dieser Hinsicht mindestens zu Zweifeln Anlaß gaben, auch im Bewußtsein ihrer abschreckenden Wirkung auf die Wähler nicht einmal auf einem Höhepunkt der Krise bei den Kammerwahlen

⁶² Siehe den Präfektenbericht in den Archives Départementales de la Corrèze (Tulle), 1 M 67, vom 1. März 1935, sowie dortselbst im Bestand 3 M 346 das Plakat der *Croix De Feu et Volontaires Nationaux* vermutlich aus dem Bereich Brive.

⁶³ Kittel, Provinz zwischen Reich und Republik 700f.

⁶⁴ Vgl. Andreas Wirsching, Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg. Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918–1933/39. Berlin und Paris im Vergleich (München 1999) 476.

⁶⁵ Le Reveil du Bas-Limousin, 8. 3. 1934.

⁶⁶ Siehe den Artikel „La Corrèze parlementaire“, in: La Voix Corrèzienne, 14. 1. 1934.

1936 für opportun, eigene Kandidaten aufzustellen oder auch nur rechtskonservative Politiker offen zu unterstützen⁶⁷.

VII.

Versucht man ein Resümee aus der Entwicklung von republikanischer Tradition und parlamentarischem System im Frankreich der Zwischenkriegszeit zu ziehen, so läßt sich kritisch an das Monitum eines Getreuen Flandins anknüpfen, der (1936) den „exzessiven Individualismus“⁶⁸ der Abgeordneten beklagte, dem so viele Regierungen zum Opfer gefallen seien. Dem ist aber entgegenzuhalten, daß gerade die parlamentarischen „divisions“ nicht etwa einen Mangel des liberal-deliberativen Systems darstellten, sondern nachgerade seine Bedingung⁶⁹. Jedenfalls sei unterstrichen, daß das Parlament der Dritten Republik eigentlich nie vollkommen versagt hat⁷⁰. Schon im Verlaufe des Ersten Weltkriegs hatte es sich als so anpassungsfähig erwiesen, einem starken Kabinett Clemenceau das Regieren mit dem Mittel der Ermächtigungen zu gestatten. Stets war es auch später – ohne Kammerauflösung – möglich, Regierungen zu bilden, die ein Vertrauensvotum erhalten konnten. Zudem: Die Ministerien kamen und gingen, die Minister aber blieben oft genug im Amt. Als stärker denn der Gegensatz der Parteien erwies sich meist das parlamentarische Selbstbewußtsein der Abgeordneten, ja fast konnte es manchmal scheinen, als benötigte das Land vor diesem Hintergrund gar keine starke Regierung, weil stets eine systemloyale Opposition als Alternative zur Verfügung stand, in die sich mit Einschränkungen schließlich sogar die Kommunisten einfügen ließen.

Insofern kann man sich fragen, ob die in der Logik der Dekadenz-Historie⁷¹ liegende These Stanley Hoffmanns von der Auflösung der „republikanischen Synthese“ in den 1930er Jahren die ganze Wahrheit beschreibt⁷². Gewiß gerieten Parteien und Parlament in den Jahren der ökonomischen Depression immer mehr in den Sog wirtschaftlicher Interessengruppen und büßten an Handlungsspiel-

⁶⁷ Philippe Rudaux, *Les Croix de Feu et le P.S.F.* (Paris 1967) 142f.

⁶⁸ Stefan Grüner, Zwischen Einheitssehnsucht und pluralistischer Massendemokratie. Zum Parteien und Demokratieverständnis im deutschen und französischen Liberalismus der Zwischenkriegszeit, in: Möller, Kittel, *Demokratie* 219–249, 241.

⁶⁹ Roussellier, *Le parlement* 276.

⁷⁰ So auch die Einschätzung bei Friedrich Glum, *Das parlamentarische Regierungssystem in Deutschland, Großbritannien und Frankreich* (München, Berlin ²1965) 133.

⁷¹ So hat Duroselle sein großes Buch über die Dekadenz der 1930er Jahre mit einem Zitat aus Montesquieus *Grandeur et décadence des Romains* beschlossen, in dem von „causes générales, soit morales, soit physiques“ die Rede ist, die es erst möglich werden ließen, daß Staaten durch den Zufall einer einzigen Schlacht vernichtet würden. Duroselle, *La décadence* 493.

⁷² Stanley Hoffmann, Paradoxes on the French Political Community, in: Stanley Hoffmann, Charles P. Kindleberger, Laurence Wylie (Hrsg), *In Search of France* (Cambridge/Mass. 1963) 1–117, hier 3ff.; kritisch hierzu Heinz-Gerhard Haupt, *Sozialgeschichte Frankreichs seit 1789* (Frankfurt a.M. 1989) 8f., 266ff.

raum ein. Doch löste sich der bis dahin tragende Konsens zwischen städtischen und ländlichen Mittelschichten und einem Teil des Großbürgertums wirklich definitiv auf? War er nach der Phase der Volksfront ab 1938 nicht wieder spürbar, als die französische Wirtschaft am Vorabend des Zweiten Weltkrieges zu neuem Leben erwachte und sich das Land, um einen zeitgenössischen Terminus zu verwenden „wieder aufrichtete“ (*la France se redresse*)⁷³. Entfaltete die Dritte Republik nicht sogar die Kraft zu einer beachtlichen Reform des politischen Systems, indem sich unter Edouard Daladier ein „neues Gleichgewicht zwischen Exekutive und Legislative“ herausbildete, das ohne Verfassungsänderung „einen großen Teil der Wünsche nach einem rationeller funktionierenden Parlamentarismus erfüllte“⁷⁴? Ganz abgesehen davon, daß die Kammer im Juni 1939 mit großer Mehrheit sogar die Verhältniswahl einführte. War darüber hinaus während der Jahre der Volksfront 1934 bis 1938 nicht zudem eine weitere systemimmanente Perspektive zu erkennen gewesen, die bisher so „blockierte Gesellschaft“ durch eine gleichsam neue republikanische Synthese aus linksliberalem Bürgertum und Arbeiterbewegung vor allem den sozialpolitischen Herausforderungen der Moderne besser anzupassen? Das Ende dieser Reformbewegung mußte keineswegs schon definitiv sein⁷⁵, auch wenn ihr Scheitern am Widerstand des Senats auf das vielleicht entscheidende institutionelle Hemmnis gegen eine beherztere Modernisierung von Staat und Gesellschaft verweist.

Von einem generellen Reformstau in der späten Dritten Republik kann aber nicht einfach die Rede sein. Eher scheint es, als sei die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz vom 10. Juli 1940, mit dem die große Mehrheit der Abgeordneten und Senatoren faktisch die Selbstauflösung der Dritten Republik beschloß⁷⁶, paradoxerweise gerade durch die Erfahrung der *décrets-lois* und anderer, auch weniger problematischer, sondern sogar richtungweisender Maßnahmen zur Stärkung der Exekutive während der 1930er Jahre begünstigt worden. Und doch wäre das französische Ermächtigungsgesetz ohne den innerhalb kürzester Zeit verlorenen Krieg gegen die Truppen Hitler-Deutschlands nicht vorstellbar gewesen. Denn die Art der Niederlage gegen einen Feind, dem man zwei Dekaden vorher in einem jahrelangen Kampf noch standgehalten hatte, versetzte das Land in einen Schockzustand. Auf der verzweifelten Suche nach Gründen für die *étrange*

⁷³ Rémond, Frankreich im 20. Jahrhundert 275. Horst Möller vertritt dagegen in seiner anregenden Darstellung der Zwischenkriegszeit die These, daß die Machtübernahme Pétains 1940 „auch im Scheitern des Parlamentarismus“ vorher begründet lag, nachdem das „Desaster der Volksfrontregierung“ 1936/37 auch diese linke Alternative entwertet hatte. Horst Möller, Europa zwischen den Weltkriegen (München 1998) 112.

⁷⁴ Rémond, Frankreich im 20. Jahrhundert 274.

⁷⁵ Vgl. das Urteil von Henri Dubief, wonach das französische Volk sich damals seiner Stärke bewußt geworden sei und diese Erfahrung nie mehr vergessen sollte. Henri Dubief, *Le Déclin de la IIIe République, 1929–1938* (Paris 1976) 222.

⁷⁶ Jean Sagnes, *Le refus républicain: Les quatre-vingt parlementaires qui dirent „non“ à Vichy le 10 juillet 1940*, in: *Revue d'histoire moderne et contemporaine* 28 (1991) 555–589, 576 ff.

*défaite*⁷⁷ gewannen nun erst die alten Thesen vom „exzessiven Parlamentarismus“ neue Überzeugungskraft.

Tatsächlich ist es aber überaus fraglich, ob eine von vornherein stärkere Exekutive eine der Hauptursachen der französischen Schwäche rechtzeitig hätte überwinden können: den nach dem Großen Krieg nur zu verständlichen, zu einem Bestandteil republikanisch-laizistischer Mentalität gewordenen und keineswegs nur in die „linken“ Bereiche der Gesellschaft eingedrungen Pazifismus⁷⁸, der in der außen- und sicherheitspolitischen Konstellation der 1930er Jahre lebensgefährlich war und das grassierende „Magenot-Denken“, also die Beschränkung auf passive Verteidigung, stark begünstigte. Ebenso wenig kann es auf das Konto verfassungspolitischer Strukturdefizite geschrieben werden, daß die französische KP nach dem Hitler-Stalin-Pakt unter dem Druck der Komintern ihre antifaschistische Politik plötzlich aufgab und sich während der „*Drôle de guerre*“ zur Avantgarde des Defätismus aufschwang. Jedenfalls trugen die „landesverräterischen Aufrufe“ der Kommunisten 1939/40 mehr dazu bei, daß „ein Großteil der Arbeiterschaft sich mit dem Krieg nicht identifizierte“⁷⁹, als die unleugbare Schwäche der Regierung, ihrer Bevölkerung ein klares Kriegsziel zu kommunizieren.

Entgegen der nach dem erniedrigenden Waffenstillstandsvertrag von Compiègne Platz greifenden emotionalen Wahrnehmung, daß die verfassungspolitischen Defizite mit den militärpolitischen Schwächen eng zusammenhingen, fielen letztere tatsächlich wesentlich stärker ins Gewicht. Denn obwohl die französische Armee hochgerüstet war, stand ihr neben dem erwähnten Maginot-Denken vor allem ein anachronistisches Führungssystem im Weg, war ihre Spitze intellektuell erstarrt und überaltert⁸⁰ und in ihrer konservativ-katholischen bis monarchistischen Grundhaltung ein Fremdkörper innerhalb der Dritten Republik geblieben⁸¹. Im Blick auf die militärpolitischen Versäumnisse also lastete der Vorwurf, das Land nicht den Anforderungen der Zeit angepaßt zu haben, im Sommer 1940 zu Recht auf den Abgeordneten der Republik. Bezeichnend hierfür war der theatralische Auftritt des ehemaligen Volksfrontministers Charles Spinasse (SFIO), der sich am Tag der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz an die eigene Brust schlug und ausstieß: „Wir haben uns getäuscht!“⁸²

Die bei aller Präponderanz des Parlaments in der politischen Kultur Frankreichs seit Napoleon I. immer wieder spürbare Neigung, sich gerade in Krisenzeiten starken Persönlichkeiten anzuvertrauen, kam in der Katastrophe der Niederlage nun wieder voll zum Tragen. Der französische Dualismus zwischen starkem

⁷⁷ Marc Bloch, *L'Étrange Défaite* (Paris 1990, zuerst 1946).

⁷⁸ Vgl. das Kapitel „Militarismus der Besiegten – Patriotischer Pazifismus der Sieger“, in: Kittel, Provinz 261–273, sowie 292 ff.

⁷⁹ Hans-Jürgen Heimsoeth, *Der Zusammenbruch der Dritten Französischen Republik. Frankreich während der „Drôle de Guerre“ 1939/1940* (Bonn 1990) 365.

⁸⁰ Karl-Heinz Frieser, *Blitzkrieg-Legende. Der Westfeldzug 1940* (München 1996) 407.

⁸¹ Ernest R. May, *Strange Victory. Hitler's conquest of France* (London, New York 2000) 10.

⁸² Michelle Cointet-Labrousse, *Vichy et le fascisme* (Brüssel 1987) 34. Vgl. auch Roman Schnur, *Das Ende einer Republik – Der 10. Juli 1940 in Vichy*, in: *ders., Vive la République oder Vive la France. Zur Krise der Demokratie in Frankreich 1939/1940* (Berlin 1982) 27.

Parlament und starkem Mann war zwar aufgrund der Gründungskonstellation der Dritten Republik seit dem Ende der Ära MacMahon zugunsten der Kammer entschieden, was von Boulanger über Clemenceau bis zu Doumergue und Blum ganz unterschiedliche Führungspersönlichkeiten zu spüren bekommen hatten, doch erwies sich diese Entscheidung beim Votum für Pétain als offensichtlich nicht definitiv. Andererseits sollte sich nach der Vichy-Zeit die Beharrungskraft von *culture républicaine* und deliberativem Parlamentarismus in der Vierten Republik erneut zeigen⁸³, bis schließlich de Gaulle mit der Verfassung von 1958 sowohl die parlamentarische als auch die präsidentielle Sehnsucht der Franzosen zu erfüllen versprach, indem er seine „republikanische Monarchie“ (Michel Debré) gründete⁸⁴. Auch die Entwicklung nach 1940 scheint freilich ein Beleg dafür zu sein, daß das parlamentarische System Frankreichs ohne den Stoß der militärischen Niederlage keinesfalls so vollständig zusammengebrochen wäre, wie dies in der Realität dann geschah⁸⁵. Die vielgeschmähte französische „Seiltänzerdemokratie“⁸⁶ war jedenfalls weit „stärker als ihr Ruf“⁸⁷ und stärker auch als die „décadence“. Die Verbindung von ungebrochener republikanischer Tradition und partiell gelingender, zäher Modernisierung des Parlamentarismus hätte dem bestehenden Staatswesen auch im Zeitalter der Diktaturen ohne Einwirkung von außen noch viel länger „stabilité dans l'instabilité“⁸⁸ garantiert.

⁸³ Bei einem Referendum im Oktober 1945 sprach sich zwar eine überwältigende Mehrheit von 96% der Franzosen für eine andere Verfassung und damit für die Abschaffung der 1875 gebildeten Institutionen aus, an denen eigentlich nur noch die *Radicaux* festhalten wollten; doch dies spiegelte lediglich den verbreiteten Wunsch, der Republik ein „neues Gesicht“ zu geben, bedeutete aber keineswegs einen Bruch mit der republikanischen Tradition. Vgl. *Serge Berstein*, *La IVe République: république nouvelle ou restauration du modèle de la IIIe République?*, in: *Berstein, Rudelle*, *Le modèle républicain* 357–381, hier 362. Vgl. hierzu auch *Manfred Kittel*, *Der Mythos von 1789 in Frankreich. Entstehung und Wirkungen von der Ersten bis zur Fünften Republik*, in: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit (Hrsg.), *Geschichtsdeutungen im internationalen Vergleich* (München 2003) 75–108, 102f.

⁸⁴ Eine lesenwerte Einordnung der Fünften Republik in die französische Verfassungsentwicklung bietet *Wolfram Vogel*, *Demokratie und Verfassung in der V. Republik. Frankreichs Weg zur Verfassungsstaatlichkeit* (Opladen 2001).

⁸⁵ Die Gefahr eines „moralischen Zusammenbruchs“, so E. May, war in Frankreich 1940 nicht größer als in England oder Deutschland. *E. May*, *Strange victory* 448.

⁸⁶ *David Thomson*, *Democracy in France. The Third Republic* (London 21954) 184.

⁸⁷ So auch das treffsichere Urteil von *Karl Dietrich Bracher*, *Europa in der Krise. Innengeschichte und Weltpolitik seit 1917* (Frankfurt a. M., Berlin, Wien 1979) 148; es war, so Bracher weiter, „die internationale Politik, für die Frankreich seit 1918 in starkem Maße Mitverantwortung trug, die der Dritten Republik nach siebzig Jahren Dauer unvermittelt ein Ende setzte“.

⁸⁸ Vgl. hierzu das Resümee des klassischen Werkes von Auguste Soulier: Die Dritte Republik habe ein politisches System realisiert, das die „ministerielle Instabilität“ unheilbar werden ließ, aber trotz aller Krisensymptome zumindest „die politische Stabilität und insbesondere die Stabilität des Regierungspersonal“ sicherstellte. *Auguste Soulier*, *L'instabilité ministérielle sous la Troisième République (1871–1938)* (Paris 1939) 579.